

Die mit Bescheid der AQ Austria vom 20.09.2016 (GZ: I/A03-63/2016) gemäß §§ 24 und 25 Hochschul-Qualitätssicherungsgesetz (HS-QSG), BGBl I Nr. 74/2011, idgF, und § 2 Privatuniversitätengesetz (PUG), BGBl I Nr. 74/2011, idgF und § 15 Privatuniversitäten-Akkreditierungsverordnung (PU-AkkVO) idgF, reakkreditierte Private Universität für Gesundheitswissenschaften, Medizinische Informatik und Technik (UMIT) hat durch den zuständigen Senat der UMIT folgende Studien- und Prüfungsordnung mit 13.06.2017 beschlossen.

Studien- und Prüfungsordnung

der UMIT – Private Universität für Gesundheitswissenschaften,
Medizinische Informatik und Technik,
Hall in Tirol

Inhaltsverzeichnis:

Artikel I

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Einteilung des Studienjahres
- § 3 Studien- und Prüfungskommission
- § 4 Zulassung zum Studium
- § 5 Erlöschen der Zulassung
- § 6 Zulassung und Erlöschen der Zulassung zu außerordentlichen Studien
- § 7 Arbeitsaufwand und Unterrichtseinheiten
- § 8 Module
- § 9 Lehrveranstaltungen
- § 10 Formen, Arten und Methoden der Prüfungen
- § 11 Lehrveranstaltungsprüfungen
- § 12 Prüfer/innen und Beisitzer/innen
- § 13 Prüfungssenate
- § 14 Prüfungsankündigung
- § 15 An- und Abmeldung zu Prüfungen

- § 16 Durchführung von Prüfungen, Beurteilung
- § 17 Abweichende Prüfungsmethode
- § 18 Wiederholung von Prüfungen
- § 19 Bewertung der Prüfungsleistung und Bildung der Prüfungsnote
- § 20 Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen
- § 21 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 22 Fristüberschreitung Regelstudiendauer, Studiengangshöchstdauer
- § 23 Beurlaubung
- § 24 Abschlussarbeit und -prüfung
- § 25 Betreuung und Beurteilung von Abschlussarbeiten
- § 26 Wiederholung der Abschlussarbeit
- § 27 Einsicht in die Prüfungsakte
- § 28 Gesamtergebnis des Studiums
- § 29 Abschlusszeugnis und Urkunde
- § 30 Ungültigkeit von Prüfungen
- § 31 Widerruf des akademischen Grades oder der akademischen Bezeichnung

Artikel II

- § 1 Studiengangsspezifische Bestimmungen
- § 2 Qualifikationsprofil
- § 3 Besondere Zulassungsbedingungen, Studienzulassungsprüfung
- § 4 Studienjahr, Studienleistungen
- § 5 Curriculum
- § 6 Spezifische Anforderungen für Abschlussarbeit und -prüfung

Artikel III

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Artikel I

§ 1 Geltungsbereich

- (1) Diese Studien- und Prüfungsordnung regelt u.a. Studienaufbau, Prüfungsarten und -methoden sowie Betreuung und Beurteilung von Abschlussarbeiten für Studiengänge und Universitätslehrgänge (kurz: Studium oder Studien) an der UMIT (ausgenommen Doktoratsstudien).
- (2) In Erweiterung dieser Studien- und Prüfungsordnung hat die für das jeweilige Studium zuständige Studien- und Prüfungskommission „Studiengangsspezifische Bestimmungen“ (Art. II) für das jeweilige Studium zu erlassen. Diese haben u.a. das Qualifikationsprofil, die Studienleistungen und das Curriculum samt Modul- und Lehrveranstaltungsbeschreibung zu enthalten.
- (3) Studien dürfen auch als gemeinsame Studienprogramme oder als gemeinsam eingerichtete Studien mit anderen anerkannten postsekundären Bildungseinrichtungen durchgeführt werden (u.a. Joint Programmes). Nähere Bestimmungen sind unter Beachtung des Privatuniversitätengesetzes und des Universitätsgesetzes 2002 in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ sowie in einem Kooperationsvertrag zu regeln.
- (4) Sofern verfahrensrechtliche Vorschriften in dieser Studien- und Prüfungsordnung bzw. in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ nicht oder nicht näher geregelt sind, sind die Bestimmungen des Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG, BGBl. Nr. 51, idgF, anzuwenden.

§ 2 Einteilung des Studienjahres

- (1) Das Studienjahr besteht aus dem Wintersemester, dem Sommersemester und der lehrveranstaltungsfreien Zeit. Es beginnt am 1. Oktober und endet am 30. September des folgenden Jahres.
- (2) Die jeweils zuständige Studien- und Prüfungskommission hat in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ den Zeitraum, in dem Lehrveranstaltungen stattfinden, festzulegen.

§ 3 Studien- und Prüfungskommission

- (1) Für die durch diese Studien- und Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben ordnet der Senat der UMIT jedem Studium eine Studien- und Prüfungskommission zu. Ihr gehören mindestens ein/e Vertreter/in der Studierenden, mindestens ein/e Vertreter/in der Universitätsdozent/inn/en bzw. wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen und mindestens zwei Universitätsprofessor/inn/en der UMIT an. Eines der Mitglieder der Professor/inn/engruppe übt den Vorsitz aus. Bei der Besetzung sind die Proporzregeln für die Zusammensetzung von Kollegialorganen des Senats entsprechend der gültigen Verfassung einzuhalten und ist auf Diversität und Geschlechterausgewogenheit zu achten.
- (2) Die/der Vorsitzende der Studien- und Prüfungskommission wird von der Studien- und Prüfungskommission gewählt und ist vom Senat zu bestätigen. Das studentische Mitglied wird von der Studierendenvertretung entsendet. Die übrigen Mitglieder werden vom Senat bestellt.
- (3) Die Studien- und Prüfungskommission wird längstens für die Dauer der Funktionsperiode des Senates (drei Jahre) eingesetzt. Wiederwahl der einzelnen Mitglieder ist möglich.
- (4) Die laufenden Geschäfte der Studien- und Prüfungskommission führt die/der Vorsitzende.
- (5) Die Studien- und Prüfungskommission ist beschlussfähig, wenn einschließlich der/des Vorsitzenden zumindest 50% der Mitglieder, davon 50% aus der Professor/inn/engruppe (dies müssen mindestens zwei Professor/inn/en sein), anwesend sind. Zu den Sitzungen der Studien- und Prüfungskommission sind von der/vom Vorsitzenden alle Mitglieder rechtzeitig einzuladen. Beschlüsse werden durch Abstimmung mit der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegebene Stimmen. Bei Stimmgleichheit gibt die Stimme der/des Vorsitzenden den Ausschlag.
- (6) Die Studien- und Prüfungskommission achtet darauf, dass die Bestimmungen der Studien- und Prüfungsordnung sowie die „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ eingehalten werden. Sie evaluiert die Lehrveranstaltungen, erstellt und pflegt das Modulhandbuch, berichtet regelmäßig an den Senat u.a. über die Entwicklung der Prüfungsleistungen und Studienzeiten oder über die Verteilung der Fach- und Gesamtnoten. Die Studien- und Prüfungskommission gibt Anregungen zur Reform der Studien- und Prüfungsordnung sowie der „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“. Sie entscheidet weiters über die Notwendigkeit und Besetzung von Studiengangs- und Modulkommissionen.

ordinator/innen für den jeweiligen Studiengang (die Rollen- und Aufgabenbeschreibung hat der Senat gesondert zu regeln).

- (7) Die jeweils zuständige Studien- und Prüfungskommission kann von allen Studierenden und Lehrenden der UMIT angerufen werden und entscheidet auf Antrag über strittige studien- und prüfungsrelevante Fragen.
- (8) Die Beratungen der Studien- und Prüfungskommission müssen die individuellen Persönlichkeitsrechte wahren. Insbesondere können Mitglieder von der Erörterung von Sachverhalten, die sie persönlich betreffen oder die für sie einen Interessenkonflikt erzeugen, ausgeschlossen werden.
- (9) Die Mitglieder der Studien- und Prüfungskommission haben das Recht, der Abnahme von Prüfungen beizuwohnen.
- (10) Die Mitglieder der Studien- und Prüfungskommission unterliegen bei Ausübung dieser Tätigkeit der Verschwiegenheit.

§ 4 Zulassung zum Studium

- (1) Die jeweils zuständige Studien- und Prüfungskommission hat nach Maßgabe der zur Verfügung stehenden Studienplätze Personen, welche die Zulassungsvoraussetzungen erfüllen, aufgrund ihres Antrages zum jeweiligen Studium an der UMIT zuzulassen. Ein Rechtsanspruch auf Zulassung besteht nicht.
- (2) Die Zulassung zu einem Bachelor- oder konsekutiven Master-Studium an der UMIT setzt die allgemeine Universitätsreife voraus. Diese ist durch eine der folgenden Urkunden nachzuweisen:
 1. österreichisches Reifezeugnis einschließlich eines Zeugnisses über die Berufsreifeprüfung;
 2. anderes österreichisches Zeugnis über die Zuerkennung der Studienberechtigung für ein bestimmtes Studium an einer Universität;
 3. ausländisches Zeugnis, das einem dieser österreichischen Zeugnisse auf Grund einer völkerrechtlichen Vereinbarung oder auf Grund einer Nostrifikation oder auf Grund der Entscheidung der Studien- und Prüfungskommission im Einzelfall gleichwertig ist;
 4. Urkunde über den Abschluss eines mindestens dreijährigen Studiums an einer anerkannten inländischen oder ausländischen postsekundären Bildungseinrichtung;

5. Urkunde über den Abschluss eines mindestens dreijährigen Lehrganges universitären Charakters;
 6. ein nach den Bestimmungen der „International Baccalaureate Organization“ erworbenes „IB-Diploma“.
- (3) Ist die Gleichwertigkeit ausländischer Zeugnisse im Hinblick auf die Inhalte und die Anforderungen einer österreichischen Reifeprüfung nicht gegeben, so sind von der Studien- und Prüfungskommission Ergänzungsprüfungen von bis zu maximal 30 ECTS-Credits (European Credit Transfer and Accumulation System – ECTS) vorzuschreiben, die für die Herstellung der Gleichwertigkeit mit einer inländischen Reifeprüfung erforderlich und vor der Zulassung abzulegen sind.
- (4) Die Zulassung zu einem Bachelor-Studium kann durch die Ablegung einer Studienberechtigungsprüfung an öffentlichen Universitäten nach § 64a Universitätsgesetz 2002, BGBl. I Nr. 120/2002, idgF, erlangt werden. Weiters erlangen Personen ohne Reifeprüfung (Abitur) nach Maßgabe einer Beschlussfassung der für das jeweilige Bachelor-Studium zuständigen Studien- und Prüfungskommission durch Ablegung der Studienzulassungsprüfung (Feststellung der Studienbefähigung) an der UMIT die Zulassung zum Bachelor-Studium. Nähere Einzelheiten sind in den Studiengangsspezifischen Bestimmungen des jeweiligen Bachelor-Studiums zu regeln (Art. II § 3 ff).
- (5) Die Zulassung zu einem konsekutiven Master-Studium setzt weiters den Abschluss eines fachlich in Frage kommenden Bachelor-Studiums oder eines fachlich in Frage kommenden Fachhochschul-Bachelorstudienganges oder eines anderen gleichwertigen Studiums an einer anerkannten inländischen oder ausländischen postsekundären Bildungseinrichtung voraus. Wenn die Gleichwertigkeit grundsätzlich gegeben ist und nur einzelne Ergänzungen auf die volle Gleichwertigkeit fehlen, ist die Studien- und Prüfungskommission berechtigt, die Feststellung der Gleichwertigkeit mit der Auflage von Ergänzungsprüfungen von bis zu maximal 30 ECTS-Credits zu verbinden, die während des jeweiligen Master-Studiums abzulegen sind. Der Nachweis der allgemeinen Universitätsreife gilt durch den Nachweis dieser Zulassungsvoraussetzung jedenfalls als erbracht.
- (6) In den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ können weitere (besondere) Zulassungsbedingungen festgelegt werden (Art. II § 3 oder 3a).

§ 5 Erlöschen der Zulassung

Die Zulassung zu einem Studium erlischt, wenn die/der Studierende

1. das Studium durch die positive Beurteilung der letzten vorgeschriebenen Prüfung abgeschlossen hat;
2. bei einer für ihr/sein Studium vorgeschriebenen Prüfung auch bei der letzten zulässigen Wiederholung negativ beurteilt wird;
3. sich exmatrikuliert;
4. die Studiengebühren nicht entrichtet;
5. schwerwiegende Täuschungs- oder Ordnungsverstöße nach § 21 Abs. 6 begeht;
6. die Studiengangshöchstdauer überschreitet.

§ 6 Zulassung und Erlöschen der Zulassung zu außerordentlichen Studien

- (1) Außerordentliche Studien sind Vorbereitungslehrgänge und der Besuch einzelner Lehrveranstaltungen aus wissenschaftlichen Fächern.
- (2) Außerordentliche Studierende sind die Studierenden, die zum außerordentlichen Studium zugelassen sind und das Recht haben, Vorbereitungslehrgänge zu besuchen und an einzelnen Lehrveranstaltungen teilzunehmen sowie die darin vorgeschriebenen Prüfungen abzulegen.
- (3) In außerordentlichen Studien ist es nicht möglich, (Teil-)Diplomprüfungen oder Abschlussprüfungen zu absolvieren bzw. ein Studium abzuschließen.
- (4) Die Zulassung zu den außerordentlichen Studien kann bestimmte Nachweise der wissenschaftlichen Reife voraussetzen.
- (5) Die näheren Regelungen zu Lehrveranstaltungen, Prüfungen udgl. verstehen sich analog zu den „ordentlichen“ Studien und Universitätslehrgängen dieser Studien- und Prüfungsordnung.
- (6) Die Zulassung erlischt, wenn die/der Studierende
 1. den Vorbereitungslehrgang durch die positive Beurteilung bei der letzten vorgeschriebenen Prüfung abgeschlossen hat;
 2. bei einer für sein Studium vorgeschriebenen Prüfung bei der letzten zulässigen Wiederholung negativ beurteilt wurde;

3. sich vom außerordentlichen Studium exmatrikuliert;
 4. die Studiengebühren nicht entrichtet oder
 5. schwerwiegende Täuschungs- und Ordnungsverstöße nach § 21 Abs. 6 begeht. Die neuerliche Zulassung zu außerordentlichen Studien ist ausgeschlossen.
- (7) Zuständig ist die jeweils für den Vorbereitungslehrgang bzw. die einzelnen Lehrveranstaltungen verantwortliche Studien- und Prüfungskommission.
- (8) Nähere Einzelheiten zu den außerordentlichen Studien ergeben sich aus der „Richtlinie des Senats für außerordentliche Studien.“

§ 7 Arbeitsaufwand und Unterrichtseinheiten

- (1) Der Arbeitsaufwand (Workload) der Studierenden ist jenes Arbeitspensum, das von diesen für den erfolgreichen Abschluss einer Lehrveranstaltung aufgewendet werden muss. Der Arbeitsaufwand ist in ECTS-Credits anzugeben, wobei die ECTS-Credits in Schritten von 1 zuzuteilen sind. Ein ECTS-Credit entspricht einem Arbeitsaufwand von 25 Stunden (à 60 Minuten).
- (2) Der Arbeitsaufwand umfasst
 1. das Kontaktstudium (Abs. 3),
 2. das begleitete Selbststudium (Abs. 4),
 3. das individuelle Selbststudium (Abs. 5).
- (3) Das Kontaktstudium umfasst die Lehr-Lern-Zeit mit steuernder Lehrenden-Präsenz, also die eigentlichen Präsenzveranstaltungen. Es gibt ein klares, für alle Beteiligten verbindliches Verlaufsprogramm, in dem Zeit und Ort vorgegeben sind. Der studentische Workload des Kontaktstudiums umfasst die eigentlichen Kontaktzeiten in den Präsenzveranstaltungen, aber auch die sich aus diesen direkt ergebenden Lernaktivitäten wie vorbereitende Pflichtlektüre, Bearbeitung von Übungszetteln oder verpflichtende Vor- oder Nachbereitung der Lehrveranstaltung. Die Anwesenheitspflicht bei den einzelnen Lehrveranstaltungen wird in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ geregelt.
- (4) Im Rahmen des begleiteten Selbststudiums arbeiten Studierende individuell oder in Gruppen selbstorganisiert zusammen, um von der/vom Lehrenden definierte Aufgabenstellungen und Arbeitsaufträge zu erfüllen (z.B. Fallstudie, Praxisprojekt, Referat, Seminararbeit, etc.). Hierzu gehören also insbesondere von der/vom Lehrenden initiierte Lernaktivitäten, welche von der/vom Studierenden selbstorganisiert durchgeführt und von der/vom Lehrenden unterstützt und überprüft oder besprochen werden.

- (5) Das individuelle Selbststudium umfasst jene Lernzeit, die nicht durch spezielle Arbeitsaufträge strukturiert ist, z.B. eigenmotivierte Vor- und Nachbereitung der Präsenzveranstaltungen, freiwillige Vertiefungslektüre, individuelles Üben und Prüfungsvorbereitung.
- (6) Die anfallenden Kontaktzeiten im Kontaktstudium und im begleiteten Selbststudium werden gemeinsam in Unterrichtseinheiten (UE; 1 UE=45 Minuten) ausgewiesen. Kontaktzeiten können auch virtuell (d.h. Kontakt über elektronische Medien) erfolgen, das Ausmaß an virtuellen Kontaktzeiten zwischen Lehrenden und Studierenden ist in den Studiengangsspezifischen Bestimmungen näher zu regeln.

§ 8 Module

- (1) Studien sind in Module zu gliedern.
- (2) Module sind zu didaktisch sinnvollen Einheiten zusammengefasste Studieninhalte und können sich aus einer oder mehreren Lehrveranstaltung/en zusammensetzen.
- (3) Ein Modul erstreckt sich über ein Semester; es kann sich aber auch über mehrere Semester erstrecken, sofern das Modul aus mehreren Lehrveranstaltungen besteht.
- (4) Modulbezeichnung, Art, Arbeitsaufwand, Inhalt und Beschreibung der Lernergebnisse der Module sind in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ festzulegen.
- (5) Der Arbeitsaufwand der Module ist in ECTS-Credits gem. § 6 anzugeben.
- (6) In den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ kann zur Erprobung und praxisorientierten Anwendung der erworbenen Kenntnisse, Fertigkeiten und Kompetenzen ein Modul in Form eines facheinschlägigen Praktikums vorgeschrieben werden. Für den Fall fehlender Praktikumsplätze sind geeignete Ersatzformen vorzusehen.
- (7) Es gibt folgende Arten von Modulen:
 1. Pflichtmodule sind die für ein Studium kennzeichnenden Module, deren Absolvierung unverzichtbar ist.
 2. Wahlpflichtmodule sind die Module, aus denen die Studierenden auswählen müssen. Der Wechsel eines Wahlpflichtmoduls nach erfolgtem ersten Prüfungsantritt ist ausgeschlossen.
 3. Wahlmodule sind weitere von der Studentin/vom Studenten freiwillig absolvierbare Module.
- (8) Die Anmeldung zu Pflichtmodulen erfolgt automatisch. Die Anmeldung zu Wahlpflichtmodulen und Wahlmodulen hat durch die Studierende/den Studierenden zu erfolgen.

§ 9 Lehrveranstaltungen

- (1) Bezeichnung, Art und Arbeitsaufwand der Lehrveranstaltungen sind in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ festzulegen.
- (2) Der Arbeitsaufwand der Lehrveranstaltungen ist in ECTS-Credits gem. § 6 anzugeben.
- (3) Lehrveranstaltungen sind in der in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ definierten Unterrichtssprache abzuhalten. Grundsätzlich können Teile der Lehrveranstaltungen in englischer Sprache abgehalten werden.
- (4) Zur Bereitstellung der Unterlagen ist das Lehr- und Lernmanagementsystem der UMIT zu verwenden.
- (5) Folgende Lehrveranstaltungsarten können angeboten werden:
 1. Vorlesung (VO)
 - a) Vorlesungen umfassen vor allem Präsenzveranstaltungen und dienen der Vermittlung des Lehrstoffes durch Vortrag, Erläuterungen, Diskussionen und Demonstrationen. Eine Interaktion zwischen Studierenden und Vortragenden ist anzustreben.
 - b) Diese Lehrveranstaltungsart dient u.a. der Vermittlung und der Integration von Wissen, orientiert an neuen wissenschaftlichen Entwicklungen der Disziplin.
 2. Übung (UE)
 - a) Übungen umfassen vor allem begleitetes Selbststudium. Sie dienen der Vertiefung und anwendungsorientierten Ergänzung der im Rahmen von Vorlesungen vermittelten Inhalte. Abhängig vom Lehrstoff können diese Aufgaben z.B. Rechenaufgaben, Programmieraufgaben, Präsentations- und Managementaufgaben oder Datenauswertungen sein.
 - b) Diese Lehrveranstaltungsart fördert u.a. Selbst- und Zeitmanagement, Teamfähigkeit, Entscheidungs- und Problemlösungskompetenz sowie die Entwicklung autonomer Lernstrategien.
 3. Seminar (SE)
 - a) Seminare dienen der Vorstellung wissenschaftlicher Methoden und sollen in den fachlichen Diskurs einführen. Die Studierenden setzen sich unter Anleitung mit einem gestellten Thema/Projekt auseinander und bearbeiten dieses mit wissenschaftlichen Methoden. Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern werden eigenständige mündliche und/oder schriftliche Beiträge erbracht.

- b) Diese Lehrveranstaltungsart fördert u.a. selbstständiges wissenschaftliches Arbeiten, Selbst- und Zeitmanagement, Teamfähigkeit, Kommunikationskompetenz, Präsentations- und Medienkompetenz.
- 4. Vorlesung mit Übung (VU)
 - a) Lehrveranstaltungen können eine Kombination aus Vorlesung mit Übung darstellen, wobei der jeweilige Vorlesungs- und Übungsanteil je nach den Erfordernissen des zu vermittelnden Lehrstoffes flexibel gestaltet werden kann.
 - b) Diese Lehrveranstaltungsart fördert die in Z 1 lit. b und Z 2 lit. b genannten Kompetenzen in gleicher Weise.
- 5. Vorlesung mit Seminar (VS)
 - a) Lehrveranstaltungen können eine Kombination aus Vorlesung mit Seminar darstellen, wobei der jeweilige Vorlesungs- und Seminaranteil je nach den Erfordernissen des zu vermittelnden Lehrstoffes flexibel gestaltet werden kann.
 - b) Diese Lehrveranstaltungsart fördert die in Z 1 lit. b und Z 3 lit. b genannten Kompetenzen in gleicher Weise.
- 6. Praktikum (PR)
 - a) Praktika dienen dem Erwerb von Fertigkeiten durch selbstständige Arbeit mit dem Ziel, die Auseinandersetzung und praktische Umsetzung der erlernten Methoden und Inhalte zu fördern.
 - b) Diese Lehrveranstaltungsart fördert u.a. Teamfähigkeit, Verlässlichkeit, Kommunikationskompetenz, Strukturiertheit sowie Handlungskompetenz in praxisrelevanten Situationen.
- 7. Projektarbeit (PA)
 - a) Im Zentrum einer Projektarbeit (PA) steht selbstständiges, selbstorganisiertes und wissenschaftsorientiertes Arbeiten, mit dem Ziel, komplexe Probleme kritisch zu analysieren und Lösungen zu erarbeiten. Bei einer Projektarbeit werden die im Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten praktisch angewandt. Die Aufbereitung erfolgt als schriftlicher und/oder mündlicher Bericht.
 - b) Diese Lehrveranstaltungsart fördert u.a. Kompetenz in der Projektplanung und im Projektmanagement, Innovationsfähigkeit, Entscheidungs- und Problemlösungskompetenz, Reflexivität und Kommunikationsfähigkeit.
- 8. Kolleg (KL)
 - a) Ein Kolleg (KL) ist ein regelmäßiges Treffen von Studierenden unter Super-

vision einer Lehrveranstaltungsleiterin/eines Lehrveranstaltungsleiters, im Rahmen dessen laufende Forschungsarbeiten vorgestellt und unter Fachpublikum diskutiert werden.

b) Diese Lehrveranstaltungsart fördert u.a. wissenschaftliches Arbeiten, Kommunikationskompetenz, Präsentations- und Medienkompetenz und den über die Studieninhalte hinausgehenden fachlichen Diskurs.

- (6) Als Lehrveranstaltungsleiter/innen sind von der jeweils zuständigen Studien- und Prüfungskommission Angehörige des wissenschaftlichen Universitätspersonals der UMIT mit Lehrbefugnis (*venia docendi*) jeweils für die Fächer ihrer Lehrbefugnis heranzuziehen.
- (7) Die jeweils zuständige Studien- und Prüfungskommission ist berechtigt, darüber hinaus bei Bedarf fachlich geeignete Personen als Lehrveranstaltungsleiter/innen, die selbst einen akademischen Grad besitzen, der höher ist als der Abschluss, der durch das jeweilige Studium zu verleihen ist, zu benennen.

§ 10 Formen, Arten und Methoden der Prüfungen

(1) Prüfungsformen:

1. Einzelprüfungen sind die Prüfungen, die jeweils von einzelnen Prüferinnen/Prüfern abgehalten werden. Eine weitere Prüferin/ein weiterer Prüfer und/oder Beisitzer/in kann bei Bedarf zugezogen werden.
2. Kommissionelle Prüfungen sind die Prüfungen, die von Prüfungssenaten gem. § 13 abgehalten werden.

(2) Prüfungsarten:

1. Ergänzungsprüfungen sind die Prüfungen, die für die Zulassung zu einer Lehrveranstaltung oder zu einem Studium gem. § 4 erfolgreich zu absolvieren sind.
2. Lehrveranstaltungsprüfungen sind die Prüfungen, die das Erreichen der Lernergebnisse, die durch eine einzelne oder mehrere Lehrveranstaltungen erzielt werden sollten, überprüfen.
3. Abschlussprüfungen sind die Prüfungen, in denen die Präsentation und das Antwortverhalten des Prüfungskandidaten beurteilt werden.

(3) Prüfungsmethoden:

1. Mündliche Prüfungen sind die Prüfungen, bei denen die Prüfungsleistung mündlich erfolgt. Das sind z. B. mündliche Prüfungsgespräche, Thesenverteidigung, Vortrag, Diskussion, Seminarpräsentation, mündliches Referat etc.
2. Schriftliche Prüfungen sind die Prüfungen, bei denen die Prüfungsleistung schriftlich erfolgt. Das sind z.B. Klausur, schriftliche Seminararbeit, Hausarbeit, Projektbericht, Praktikumsbericht, Übungsausarbeitung, Fallbeispielausarbeitung, Abschlussarbeit, elektronische Multiple Choice-Prüfung, etc.
3. Praktische Prüfungen sind praktische oder experimentelle Werke. Das sind z.B. Vorführungen (Klient/inn/engespräch, Beratungsgespräch), Lehrprobe, Erstellung eines Posters, Bedside-Präsentation, Anwendung von Software, Aufbau einer Schaltung, praktische Lösung eines technischen Problems etc.

§ 11 Lehrveranstaltungsprüfungen

- (1) Lehrveranstaltungsprüfungen können einen einzigen Prüfungsakt am Ende der Lehrveranstaltung(en) umfassen und/oder auf einer Beurteilung von regelmäßigen schriftlichen und/oder mündlichen Beiträgen der Teilnehmer/innen beruhen (Lehrveranstaltung mit immanentem Prüfungscharakter). Mit der positiven Beurteilung aller Lehrveranstaltungsprüfungen eines Moduls gilt das betreffende Modul als bestanden.
- (2) In den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ wird die Methode der Lehrveranstaltungsprüfungen gem. § 10 Abs. 3 festgelegt. Die Prüferin/der Prüfer legt die Details der Prüfung vor Beginn der Lehrveranstaltung fest. Des Weiteren hat sie/er die Möglichkeit, aus didaktischen Gründen eine abweichende Prüfungsmethode nach Kenntnisnahme durch die Studien- und Prüfungskommission festzulegen.
- (3) Lehrveranstaltungsprüfungen sind grundsätzlich gem. § 19 ganz zu bewerten.
- (4) Umfasst eine Lehrveranstaltungsprüfung mehrere Teilleistungen, so hat die Lehrveranstaltungsleiterin/der Lehrveranstaltungsleiter die Gewichtung der einzelnen Teilleistungen zur Ermittlung der Gesamtnote der Lehrveranstaltungsprüfung festzulegen.
- (5) Die Modulnote wird aus den einzelnen Lehrveranstaltungsprüfungen berechnet, wobei die Gewichtung der einzelnen Teile proportional zur ECTS-Credits-Verteilung festzulegen ist, wobei hier auf ganze Zahlen zu runden ist. In Ausnahmefällen sowie bei Lehrveranstaltungsprüfungen, bei denen nach § 19 nur eine erfolgreiche Teilnahme notwendig ist, kann eine Abweichung vorgesehen werden, um die Modulnote zu ermitteln.

- (6) Lehrveranstaltungsprüfungen sind in der Regel von der Leiterin/vom Leiter der Lehrveranstaltung abzuhalten. Im Fall der Verhinderung hat die Studien- und Prüfungskommission eine fachlich geeignete Prüferin/einen fachlich geeigneten Prüfer heranzuziehen.
- (7) Lehrveranstaltungsprüfungen sind in der in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ definierten Unterrichtssprache abzuhalten bzw. abzunehmen. Grundsätzlich können Teile der Lehrveranstaltungsprüfungen in englischer Sprache abgehalten bzw. abgenommen werden. Bei Prüfungen hat der Nachweis des Erzielens der Lernergebnisse und nicht das Niveau der Sprachbeherrschung Maßstab der Beurteilung zu sein.

§ 12 Prüfer/innen und Beisitzer/innen

- (1) Als Prüfer/in bzw. Beisitzer/in für Lehrveranstaltungs- sowie Ergänzungsprüfungen sind von der jeweils zuständigen Studien- und Prüfungskommission Angehörige des wissenschaftlichen Universitätspersonals der UMIT mit Lehrbefugnis (venia docendi) jeweils für die Fächer ihrer Lehrbefugnis heranzuziehen.
- (2) Die jeweils zuständige Studien- und Prüfungskommission ist berechtigt, darüber hinaus bei Bedarf fachlich geeignete Personen als Prüfer/innen zu benennen.
- (3) Die Prüfer/innen oder möglichen Beisitzer/innen sind über den Prüfungsverlauf zur Verschwiegenheit verpflichtet.
- (4) Im Fall der Verhinderung einer Prüferin/eines Prüfers hat die Studien- und Prüfungskommission eine andere fachlich geeignete Prüferin/einen anderen fachlich geeigneten Prüfer heranzuziehen.

§ 13 Prüfungssenate

- (1) Für die kommissionellen Prüfungen hat die Studien- und Prüfungskommission Prüfungssenate zu bilden.
- (2) Einem Prüfungssenat haben wenigstens drei Personen anzugehören. Für jedes Prüfungsfach oder dessen Teilgebiet ist ein/e Prüfer/in einzuteilen. Ein Mitglied mit venia docendi ist zur/zum Vorsitzenden des Prüfungssenates zu bestellen.
- (3) Für die Mitglieder der Prüfungssenate gilt § 12 sinngemäß.

§ 14 Prüfungsankündigung

- (1) Das zuständige Organ gibt, im Falle von Lehrveranstaltungsprüfungen in Absprache mit der Lehrveranstaltungsleiterin/dem Lehrveranstaltungsleiter, für alle Prüfungen alle relevanten Details (u.a. Methode, Dauer, Zulassungsvoraussetzung zur Lehrveranstaltungsprüfung, Termin und Namen der Prüfer/innen) sowie jene nach § 11 und den aus den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ folgenden Regelungen rechtzeitig, spätestens aber sechs Wochen nach Semesterbeginn bekannt.
- (2) Bei Bedarf können Prüfungen auch in lehrveranstaltungsfreien Zeiten abgehalten werden.
- (3) Termine für Ergänzungsprüfungen werden nach Bedarf festgelegt und entsprechend kundgemacht.

§ 15 An- und Abmeldung zu Prüfungen

- (1) Die Anmeldung zu allen in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ vorgesehenen Lehrveranstaltungsprüfungen erfolgt automatisch.
- (2) Die Anmeldung zu Ergänzungsprüfungen hat durch die Studentin/den Studenten zu erfolgen.
- (3) Eine Abmeldung von einer Prüfung ist bis zu drei Tage vor dem Prüfungstermin ohne Angabe von Gründen bzw. bei Nachweis triftiger Gründe bis zum Tag des Prüfungstermins möglich, die Verpflichtung zur Einhaltung der in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ angeführten Fristen bleibt davon unberührt und liegt in der Verantwortung der Studentin/des Studenten. Die Abmeldung von einer Prüfung hat zur Folge, dass die Studentin/der Student automatisch für den nächsten Wiederholungstermin angemeldet ist.
- (4) Die Zulassung zur Lehrveranstaltungsprüfung kann von der Erfüllung bestimmter Leistungsnachweise (z.B. vorherige positive Absolvierung ausgewählter zum Modul gehörender Lehrveranstaltungen oder das Erbringen bestimmter Leistungen im Rahmen der Lehrveranstaltung) abhängig gemacht werden.
- (5) Die Zulassung zu einer Lehrveranstaltungsprüfung, die in einem Semester abgehalten wurde, für welches die/der Studierende beurlaubt oder nicht inskribiert war, ist unzulässig.

§ 16 Durchführung von Prüfungen, Beurteilung

- (1) Bei der Prüfung ist den Studierenden Gelegenheit zu geben, den Stand der erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten nachzuweisen. Dabei ist auf die Lernergebnisse und den Arbeitsaufwand Bedacht zu nehmen.
- (2) Mündliche Prüfungen sind hochschulöffentlich. Es ist zulässig, den Zutritt erforderlichenfalls auf eine den räumlichen Verhältnissen entsprechende Anzahl von Personen zu beschränken. Auf Wunsch der/des Studierenden können Zuhörer/innen ausgeschlossen werden. Bei kommissionellen mündlichen Prüfungen hat jedes Mitglied des Prüfungssenates während der gesamten Prüfungszeit anwesend zu sein.
- (3) Die Prüferin/der Prüfer bzw. die/der Vorsitzende des Prüfungssenates hat für den geordneten Ablauf der mündlichen Prüfung zu sorgen und das Prüfungsprotokoll selbst zu führen oder eine andere Prüferin/einen anderen Prüfer damit zu beauftragen. In das Protokoll sind der Prüfungsgegenstand, der Ort und die Zeit der Prüfung, die Namen der Prüferin/des Prüfers, die Prüferin/der Prüfer oder ggf. die Namen der Mitglieder des Prüfungssenates, der Name und die Matrikelnummer der/des Studierenden, die gestellten Fragen, die erteilten Beurteilungen, sowie allfällige besondere Vorkommnisse aufzunehmen.
- (4) Die für die Ausstellung von Zeugnissen erforderlichen Daten des Prüfungsprotokolls sind unverzüglich dem zuständigen Organ zu übermitteln.
- (5) Die Beratung und Abstimmung über das Ergebnis einer Prüfung vor einem Prüfungssenat, bei mehreren Prüfungen hinsichtlich jeder Lehrveranstaltung oder jedem Teil bei Ergänzungsprüfungen, hat in nichtöffentlicher Sitzung des Prüfungssenates nach einer Aussprache zwischen den Mitgliedern zu erfolgen. Die Beschlüsse des Prüfungssenates werden mit Stimmenmehrheit gefasst, bei Stimmengleichheit gibt die Stimme der/des Vorsitzenden den Ausschlag. Jedes Mitglied hat bei der Abstimmung über das Ergebnis in den einzelnen Prüfungsteilen auch den Gesamteindruck der Prüfung zu berücksichtigen.
- (6) Das Ergebnis einer mündlichen Prüfung ist unmittelbar nach der Prüfung der/dem Studierenden bekannt zu geben.
- (7) Das Ergebnis einer schriftlichen Prüfung soll vier Wochen bzw. ist spätestens sechs Wochen nach Erbringung der letzten zu beurteilenden (Teil-)Leistung bekannt zu geben.

§ 17 Abweichende Prüfungsmethode

- (1) Wenn die/der Studierende eine länger andauernde Behinderung nachweist, die ihm die Ablegung der Prüfung in der vorgeschriebenen Methode gem. § 10 Abs. 3 ganz oder teilweise unmöglich macht, ist sie/er berechtigt, die Ablegung der Prüfung in einer anderen als der in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ oder von der Lehrveranstaltungsleiterin/vom Lehrveranstaltungsleiter festgesetzten Prüfungsmethode zu beantragen, wenn der Inhalt und die Anforderungen der Prüfung dadurch nicht beeinträchtigt werden. Aus diesem Grund kann auch die Dauer einer Prüfung angemessen verändert werden.
- (2) Der Antrag ist mit dem Nachweis über die Verhinderung bei der Studien- und Prüfungskommission einzubringen. Die Gründe sind glaubhaft nachzuweisen. Die Vorlage eines (amts-)ärztlichen Attestes kann verlangt werden.

§ 18 Wiederholung von Prüfungen

- (1) Soweit eine Modulnote aus mehreren Lehrveranstaltungsprüfungen besteht, ist nur jene Lehrveranstaltungsprüfung zu wiederholen, die negativ oder als „nicht beurteilbar“ bewertet wurde.
- (2) Jede Prüfung kann bei Nichtbestehen dreimal wiederholt werden (ausgen. Ergänzungsprüfung: einmalige Wiederholung ohne kommissionelle Prüfung). Die dritte Wiederholung einer Prüfung ist kommissionell abzuhalten.
- (3) Bei Nichtbestehen erfolgt die Anmeldung zur jeweils folgenden Wiederholungsprüfung automatisch. Hat eine Studentin/ein Student eine Prüfung nach der ersten Wiederholung nicht bestanden, so hat sie/er die Möglichkeit, den nächsten Prüfungstermin auf Antrag bis nach Wiederholung der Lehrveranstaltung (ausgenommen aufbauende Lehrveranstaltungen) einmalig zu verschieben.
- (4) Eine Prüfung ist endgültig nicht bestanden, wenn die kommissionelle Prüfung nicht bestanden ist.
- (5) Die Termine für die Wiederholungsprüfungen sollen in möglichst engem zeitlichen Zusammenhang mit der Prüfung stehen, sowie ausreichend Zeit zur Wiederholung des Prüfungsstoffes durch die Studentin/den Studenten bieten. Individuelle Wiederholungstermine werden grundsätzlich nicht angeboten.

§ 19 Bewertung der Prüfungsleistung und Bildung der Prüfungsnote

Die einzelne Prüfungsleistung wird von den Prüfenden nach folgender Notenskala bewertet:

Note	Bedeutung	Notenpunkte
1	Sehr gut (eine den Anforderungen in besonderem Maße entsprechende Leistung)	91 – 100
2	Gut (eine den Anforderungen voll entsprechende Leistung)	81 – 90
3	Befriedigend (eine den Anforderungen im Wesentlichen entsprechende Leistung)	71 – 80
4	Genügend (eine Leistung, die Mängel aufweist, aber im Ganzen den Anforderungen noch entspricht)	60 – 70
5	Nicht genügend (eine Leistung, die den Anforderungen nicht entspricht)	0 – 59
Mit Erfolg teilgenommen	Positive Leistung, wo eine genaue Differenzierung nicht zweckmäßig ist	
Ohne Erfolg teilgenommen	Negative Leistung, wo eine genaue Differenzierung nicht zweckmäßig ist	

Die Notenpunkte erlauben eine Differenzierung der Leistung innerhalb einer Note. Die erreichten Notenpunkte ergeben sich aus der Prüfungsleistung und der vorab definierten Bestehensgrenze. Die Bestehensgrenze wird entsprechend den jeweiligen Anforderungen von der/vom Prüfer/in festgelegt. Wird in der Prüfungsankündigung (§14) keine spezielle Bestehensgrenze definiert, gilt eine Bestehensgrenze von 60%. Ob eine Lehrveranstaltung benotet wird oder lediglich die erfolgreiche Teilnahme bestätigt wird, ist in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ festgelegt.

§ 20 Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen

Die Studien- und Prüfungskommission des jeweiligen Studiums entscheidet auf Antrag über die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, die in anderen Studien und an anderen anerkannten Universitäten und anerkannten postsekundären Bildungseinrichtungen erbracht wurden.

§ 21 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

- (1) Eine Prüfungsleistung gilt als „nicht beurteilbar“ und als nicht erfolgreicher Prüfungsantritt, wenn die/der Studierende ohne triftige Gründe
 1. zum Prüfungstermin, zu dem sie/er angemeldet ist, nicht erscheint.
 2. nach Beginn der Prüfung von der Prüfung zurücktritt. Die Prüfung beginnt mit der Ausgabe der Prüfungsaufgaben bzw. mit dem Stellen der ersten Frage.
- (2) Die für das Versäumnis oder den Rücktritt geltend gemachten Gründe müssen der Studien- und Prüfungskommission unverzüglich schriftlich binnen einer Woche angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Die Vorlage eines (amts-)ärztlichen Attestes kann verlangt werden. Werden die Gründe anerkannt, so ist die Studentin/der Student automatisch für den nächsten der Entscheidung der Studien- und Prüfungskommission folgenden Termin für die Wiederholungsprüfung (analog zu § 18 Abs. 5) angemeldet.
- (3) Liegt ein triftiger Grund gem. Abs. 2 vor, wird die Prüfung, von welcher der Rücktritt erfolgte, nicht auf die Gesamtzahl der Prüfungsantritte angerechnet.
- (4) Versucht eine Studierende/ein Studierender, das Ergebnis ihrer/seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener (unerlaubter) Hilfsmittel (Schwindelzettel u.ä.) zu beeinflussen (so z.B. auch die Nichtbeachtung der geltenden Plagiatsrichtlinie der UMIT), gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht beurteilbar“ bewertet und daher als nicht erfolgreicher Prüfungsantritt. Die Prüfungsaufsicht hat die Studierenden über die Konsequenzen in Kenntnis zu setzen, allfällige Vorfälle zu protokollieren sowie etwaige Beweisgegenstände (Schwindelzettel, Lernunterlagen u.ä.) bis zur Entscheidung der zuständigen Studien- und Prüfungskommission sicherzustellen.
- (5) Eine Studierende/ein Studierender, die/der den ordnungsgemäßen Ablauf einer Prüfung stört, kann von den Prüfenden oder Aufsichtführenden von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden. In diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung als mit „nicht beurteilbar“ bewertet und daher als nicht erfolgreicher Prüfungsantritt.
- (6) In schwerwiegenden Fällen nach Abs. 4 und 5 kann die Studien- und Prüfungskommission die Studierende/den Studierenden von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen und exmatrikulieren.

§ 22 Fristüberschreitung Regelstudiendauer, Studiengangshöchstdauer

- (1) Die Regelstudiendauer beschreibt die Anzahl von Semestern, in der ein Studium bei zügigem und intensivem Studium absolvierbar ist und ist in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ für das jeweilige Studium festzulegen.
- (2) Das Ausmaß der Überschreitung der Regelstudiendauer darf maximal vier Semester betragen (Studiengangshöchstdauer). In den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ ist die Frist für die Höchstdauer des Studiums festzulegen, innerhalb der sämtliche Studienleistungen zu erbringen sind.
- (3) Die Studien- und Prüfungskommission kann auf Antrag in begründeten Fällen eine Überschreitung der Studiengangshöchstdauer von maximal einem Semester einräumen.
- (4) Zeiten der Beurlaubung verlängern die Frist der Studiengangshöchstdauer.

§ 23 Beurlaubung

Studierende können auf Antrag wegen wichtiger Gründe durch die Studien- und Prüfungskommission bis zu maximal zwei Semester beurlaubt werden. Während der Beurlaubung dürfen keine Lehrveranstaltungen besucht und/oder Prüfungen abgelegt werden.

§ 24 Abschlussarbeit und -prüfung

- (1) Die erfolgreiche Erstellung einer schriftlichen Abschlussarbeit und das positive Bestehen der mündlichen Abschlussprüfung sind unter anderem Voraussetzungen für die Erlangung des akademischen Grades bzw. der akademischen Bezeichnung.
- (2) Voraussetzung für die Zulassung zur mündlichen Abschlussprüfung ist eine positive Beurteilung der schriftlichen Abschlussarbeit.
- (3) Die Abschlussarbeit soll nach den Grundsätzen für wissenschaftliche Arbeiten über die Tätigkeit der/des Studierenden, die Aufgabenstellung, die Zielsetzung, die verwendeten Methoden und alle erreichten Resultate Auskunft geben.
- (4) In der Abschlussprüfung werden die Präsentation und das Antwortverhalten der Prüfungskandidatin/des Prüfungskandidaten beurteilt. Die Abschlussprüfung ist hochschulöffentlich und wird von zwei Prüferinnen/Prüfern, die von der Studien- und Prüfungskommission

- mission bestellt werden – durchgeführt. Sie besteht aus einem Vortrag über die Inhalte der Abschlussarbeit und der anschließenden Diskussion. Die Durchführung der Prüfung erfolgt analog zu § 16. Die spezifischen Anforderungen sowie die Dauer der mündlichen Abschlussprüfung sind in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ festzulegen.
- (5) Die positiv beurteilte Abschlussarbeit ist durch die Bibliothek der UMIT zu veröffentlichen.
 - (6) Die Sperrung (Nicht-Veröffentlichung) einer Abschlussarbeit ist nur in besonderen Fällen möglich, insbesondere, wenn die/der Studierende glaubhaft macht, dass wichtige rechtliche oder wirtschaftliche Interessen der/des Studierenden gefährdet sind (z.B. Patentierungen). Eine zeitlich befristete Sperrung der Abschlussarbeit erfolgt nur auf Antrag für maximal drei Jahre. Der Antrag muss spätestens mit Abgabe der Abschlussarbeit gestellt werden. Über den Antrag entscheidet die Studien- und Prüfungskommission.

§ 25 Betreuung und Beurteilung von Abschlussarbeiten

- (1) Angehörige des wissenschaftlichen Universitätspersonals der UMIT mit Lehrbefugnis (*venia docendi*) sind berechtigt, Themen für Abschlussarbeiten aus dem Fach ihrer Lehrbefugnis auszugeben, zu betreuen und zu beurteilen.
- (2) Die jeweils zuständige Studien- und Prüfungskommission ist berechtigt, darüber hinaus bei Bedarf fachlich geeignete Personen als Betreuer/innen, Prüfer/innen und Gutachter/innen zu benennen.
- (3) Die/der Studierende hat das Thema und die Betreuerin/den Betreuer der Abschlussarbeit der Studien- und Prüfungskommission zur Genehmigung vorzulegen. Dieser Anmeldung ist eine Kurzfassung des Themas mit Arbeitstitel und kurzer Beschreibung von Problemstellung, Zielsetzung, relevanter Literatur und Arbeitsplan beizufügen, die von der/vom Themenverantwortlichen und von der/vom Studierenden zu unterschreiben ist. Die Studien- und Prüfungskommission hat zu entscheiden, ob aufgrund des Themas (Forschungsfrage) die Abschlussarbeit einer Ethikkommission, dem RCSEQ oder einem anderen Board für ethische/wissenschaftliche Fragestellungen außerhalb der UMIT zur Freigabe, Stellungnahme undgl. vorzulegen ist. Der Anmeldezeitpunkt entspricht dem Beschlussdatum der Studien- und Prüfungskommission und ist aktenkundig zu machen.
- (4) Bis zum Einreichen der Abschlussarbeit kann die Studien- und Prüfungskommission auf Antrag der/des Studierenden einem Wechsel des Themas zustimmen.

- (5) Die maximale Bearbeitungszeit des schriftlichen Teils der Abschlussarbeit ist in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ zu regeln.
- (6) Die abgeschlossene Abschlussarbeit ist bei der Studien- und Prüfungskommission in schriftlicher Ausfertigung gemäß der jeweils gültigen Senatsrichtlinie einzureichen. Die Studien- und Prüfungskommission hat die Abschlussarbeit einer Gutachterin/einem Gutachter (bei Bachelor-Arbeiten) bzw. zwei Gutachterinnen/Gutachtern (bei Master-Arbeiten) gem. Abs. 1 und 2 vorzulegen, die/der bzw. die die Abschlussarbeit innerhalb von einem Monat ab der Einreichung zu beurteilen hat bzw. haben. Die Bewertung und Benotung erfolgt nach § 19. Bei der Auswahl der Gutachterin/des Gutachters bzw. der Gutachter/innen ist auf größtmögliche Unabhängigkeit und Objektivität zu achten, insbesondere sollte, bei Master-Arbeiten, mindestens ein/e Gutachter/in nicht an der Betreuung der Arbeit beteiligt gewesen sein. Wird die Abschlussarbeit nicht fristgerecht beurteilt, hat die Studien- und Prüfungskommission auf eigenen Antrag die Abschlussarbeit einer anderen fachlich geeigneten Gutachterin/einem anderen fachlich geeigneten Gutachter gemäß Abs. 1 und 2 zuzuweisen.
- (7) Begutachtung von Master-Arbeiten:
Die beiden Gutachter/innen haben bei Master-Arbeiten ein gemeinsames Gutachten zu erstellen. Dies geschieht unter Wahrung der Meinungsvielfalt der Gutachter/innen mit dem Ziel, größtmöglichen Konsens zu erreichen. Die Gutachter/innen haben eine zusammenfassende Gesamtbewertung (§ 19) auszusprechen.
- (8) Die Gesamtnote setzt sich zusammen aus der Note für die schriftliche Abschlussarbeit (Gewichtung zwei Drittel) und der Note für die mündliche Abschlussprüfung (Gewichtung ein Drittel). Die Bewertung und Benotung erfolgt nach § 19.
- (9) Eine Abschlussarbeit darf nur einmal eingereicht werden. Die Überarbeitung einer positiv beurteilten Abschlussarbeit und die neuerliche Einreichung sind nicht zulässig.

§ 26 Wiederholung der Abschlussarbeit

- (1) Die schriftliche Abschlussarbeit und die mündliche Abschlussprüfung können, wenn sie mit „nicht genügend“ (Note 5) bewertet wurden, jeweils einmal wiederholt werden; eine zweite Wiederholung ist ausgeschlossen. Die Wiederholung der schriftlichen Arbeit ist nur mit neuem Thema möglich.

- (2) Die schriftliche Abschlussarbeit und die mündliche Abschlussprüfung sind endgültig „nicht genügend“, wenn alle Wiederholungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, ohne dass sie bestanden sind.

§ 27 Einsicht in die Prüfungsakte

Der/dem Studierenden wird auf Antrag nach Abschluss jeder Prüfung Einsicht in seine schriftlichen Prüfungsarbeiten, die Bemerkungen der Prüfenden und in das Prüfungsprotokoll nach der Ergebnismitteilung bis zu einer Frist von sechs Monaten gewährt.

§ 28 Gesamtergebnis des Studiums

- (1) Das Studium ist erfolgreich abgeschlossen, wenn sämtliche Studienleistungen des Studiums bestanden sind.
- (2) Die Gesamtnote des Studiums berechnet sich aus dem arithmetischen Mittelwert aller Modulnoten, wobei nach deren ECTS-Credits-Anteil gewichtet wird. Die Gesamtnote wird auf eine Nachkomma-Stelle gerundet.
- (3) Erlischt die Zulassung zum Studium gem. § 5, wird auf Antrag eine Bescheinigung über die bisher erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen ausgestellt.

§ 29 Abschlusszeugnis und Urkunde

- (1) Die UMIT verleiht aufgrund der im Rahmen von Studien erbrachten Studienleistungen akademische Grade (u.a. BSc., MSc. Mag., Dipl.-Ing.) und akademische Bezeichnungen (u.a. „akademischer ...“), die in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ festzuhalten sind.
- (2) Nachdem alle in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ für den Abschluss verlangten Studienleistungen erfolgreich absolviert wurden, hat die Rektorin/der Rektor der Absolventin/dem Absolventen zeitnah, spätestens binnen acht Wochen, den akademischen Grad oder die akademische Bezeichnung zu verleihen. Zudem wird der Absolventin/dem Absolventen ein entsprechendes Abschlusszeugnis (Studiendatenabschrift) und bei Verleihung eines akademische Grades ein Diploma Supplement ausgestellt.

- (3) Personen, denen der akademische Grad verliehen wurde, haben das Recht, diesen in der in der Verleihungsurkunde festgelegten, auch abgekürzten Form zu führen, wobei der akademische Grad einschließlich eines geschlechtsspezifischen Zusatzes geführt werden darf.

§ 30 Ungültigkeit von Prüfungen

- (1) Wurde bei einer Prüfung getäuscht oder wurde die Zulassung zu einer Prüfung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt und wird diese Tatsache erst nach Bekanntgabe der Prüfungsnote oder der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann die Studien- und Prüfungskommission nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung die/der Studierende getäuscht hat oder vorsätzlich zu Unrecht eine Zulassung erwirkt hat, entsprechend berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für „nicht bestanden“ erklären. Sofern in derartigen Fällen bei der Prüfung getäuscht wurde ist diese gem. § 18 zu wiederholen bzw. erlischt die Zulassung nach § 6 Abs. 6. Sofern die Zulassung zu Unrecht erwirkt wurde, ist eine erneute Zulassung erst nach Erfüllung aller Zulassungsvoraussetzungen in Betracht zu ziehen und seitens der zuständigen Studien- und Prüfungskommission im Einzelfall zu genehmigen.
- (2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass die/der Studierende hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung ausgeglichen.
- (3) Der/dem Studierenden ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Erörterung der Angelegenheit mit der Studien- und Prüfungskommission zu geben.
- (4) Das unrichtige Abschlusszeugnis ist einzuziehen und durch ein richtiges zu ersetzen.

§ 31 Widerruf des akademischen Grades oder der akademischen Bezeichnung

- (1) Sind die Voraussetzungen für die Verleihung des akademischen Grades oder der akademischen Bezeichnung nicht mehr erfüllt oder weggefallen (z.B. Nachweis eines Plagiaten nach Abschluss des Studiums), so sind das unrichtige Zeugnis und die Urkunde einzuziehen.

- (2) Der/dem Studierenden ist vor einer Entscheidung Gelegenheit zur Erörterung der Angelegenheit mit der Studien- und Prüfungskommission zu geben. Die endgültige Entscheidung ist dem Studierenden schriftlich mitzuteilen.

Artikel II

§ 1 Studiengangsspezifische Bestimmungen

- (1) Gemäß Art. I § 1 Abs. 2 hat die seitens des Senates für das jeweilige Studium eingesetzte Studien- und Prüfungskommission „Studiengangsspezifische Bestimmungen“ zu erlassen. Diese bilden einen integrierenden Bestandteil dieser Studien- und Prüfungsordnung idgF und sind entsprechend kundzumachen.
- (2) Die erstmalige Erlassung von „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ hat auf Antrag eines Departments zur Entwicklung eines neuen Studiums und nach Genehmigung des Rektorats durch den Senat zu erfolgen. Der Senat hat für die Vor- und Ausarbeitung der „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ eine nicht entscheidungsbefugte Kommission (Curriculumskommission) einzusetzen. Den in der Verfassung vorgesehenen weiteren Gremien der UMIT ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu den jeweiligen „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ zu geben.
- (3) Die beschlossenen „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ sind in der Folge – gemeinsam mit dem Antrag auf Akkreditierung eines neuen Studiums – an die für Akkreditierung von Studien privater Universitäten zuständige Behörde weiterzuleiten (ausgenommen nicht akkreditierungspflichtige Studien).
- (4) Für Änderungen von akkreditierten „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ ist die jeweils eingerichtete Studien- und Prüfungskommission zuständig. Diese sind dem Senat zur Kenntnis zu bringen.
- (5) Die „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ haben insbesondere zu enthalten:
1. Qualifikationsprofil;
 2. Besondere Zulassungsbedingungen, Studienzulassungsprüfung;
 3. Studienjahr, Studienleistungen;
 4. Curriculum (u.a. Modul- und Lehrveranstaltungsbeschreibung);
 5. Spezifische Anforderungen für Abschlussarbeit und -prüfung;

§ 2 Qualifikationsprofil

Das Qualifikationsprofil ist jener Teil der „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“, der beschreibt, welche wissenschaftlichen und beruflichen Qualifikationen sowie überfachlichen Kompetenzen die Studierenden durch die Absolvierung des betreffenden Studiums erwerben. Das Qualifikationsprofil bildet die Grundlagen für die Festlegung der Lernergebnisse der einzelnen Module.

§ 3 Besondere Zulassungsbedingungen, Studienezulassungsprüfung

Neben den Zulassungsbedingungen nach Art. I § 4 können in den „Studiengangsspezifischen Bestimmungen“ – insbesondere für Universitätslehrgänge – besondere Voraussetzungen für die Zulassung vorgesehen sowie für Personen ohne Reifeprüfung (Abitur) eine Studienezulassungsprüfung zur Feststellung der Studienbefähigung für ein Bachelor-Studium an der UMIT eingerichtet werden.

§ 4 Studienjahr, Studienleistungen

- (1) Die jeweils zuständige Studien- und Prüfungskommission hat den Zeitraum, in dem Lehrveranstaltungen – innerhalb des Studienjahres – stattfinden, entsprechend festzulegen und jährlich kundzumachen.
- (2) Die Studienleistungen haben dem im Curriculum festgeschriebenen Arbeitsaufwand (workload) zu entsprechen und werden nach erfolgreicher Absolvierung in ECTS-Credits angegeben.
- (3) Weiters können Praktika, Auslandsaufenthalte udgl. als zu erbringende Studienleistungen vorgesehen werden.

§ 5 Curriculum

- (1) Das Curriculum hat sich an der jeweils gültigen Senatsrichtlinie „Leitfaden Modulhandbuch“ sowie am Leitfaden der Europäischen Union zum Leistungspunktesystem ECTS

an Hochschulen („ECTS Users‘ Guide“) idgF zu orientieren und in einem als Anlage bezeichneten Modulhandbuch u.a. zu enthalten:

1. das ECTS-Credits-Ausmaß für das Studium (Bachelor-Studium: mind. 180 ECTS-Credits; konsekutives Master-Studium: mind. 120 ECTS-Credits; Universitätslehrgang: mind. 60 ECTS-Credits);
2. die Bezeichnung des Studiums und den zu verleihenden akademischen Grad bei akkreditierungspflichtigen Studien bzw. die akademische Bezeichnung bei nicht akkreditierungspflichtigen Studien und dessen/deren jeweilige Abkürzung;
3. Regelstudiendauer, Studiengangshöchstdauer;
4. die Module und die Zuordnung der Lehrveranstaltungen zu den Modulen sowie ihre Zuordnung zum Semester;
5. Modul- und Lehrveranstaltungsbeschreibung samt den relevanten Prüfungs-informationen sowie dem Ausmaß an zu vergebenden ECTS-Credits;
6. Fristen, in der bestimmte Studienleistungen zu erbringen sind;
7. nähere Bestimmungen von Joint Programmes bzw. wenn das Studium gemeinsam mit einer anderen Bildungseinrichtung durchgeführt wird, die Zuordnung der Lehrveranstaltungen zu der beteiligten Bildungseinrichtung.

(2) In den Curricula können überdies festgelegt werden:

1. die verpflichtende bzw. empfohlene Reihenfolge der Absolvierung der Module,
2. für Lehrveranstaltungen mit einer sachlich begründeten beschränkten Zahl von Teilnehmerinnen/Teilnehmern die Anzahl der möglichen Teilnehmer/innen (Teilungsziffer) sowie das Verfahren zur Vergabe der Plätze,
3. die Absolvierung eines Praktikums und geeigneter Ersatzformen.

§ 6 Spezifische Anforderungen für Abschlussarbeit und -prüfung

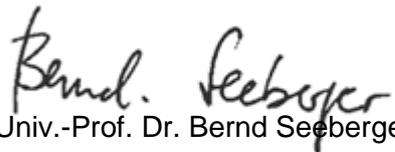
Die jeweils zuständige Studien- und Prüfungskommission hat nähere Einzelheiten über die Anforderungen an die schriftliche Abschlussarbeit bzw. den inhaltlichen Umfang und das zeitliche Ausmaß der mündlichen Abschlussprüfung zu erlassen und entsprechend kundzumachen. So kann auch die Möglichkeit der Erstellung von schriftlichen Abschlussarbeiten in einer Fremdsprache vorgesehen werden.

Artikel III

Inkrafttreten, Außerkrafttreten

- (1) Diese Studien- und Prüfungsordnung tritt nach ihrer Genehmigung durch den Senat der Privaten Universität für Gesundheitswissenschaften, Medizinische Informatik und Technik mit 01.10.2017 in Kraft.
- (2) Alle bisherigen Studien- und Prüfungsordnungen treten mit 30.09.2017 außer Kraft.

Hall in Tirol, den 13.06.2017



Univ.-Prof. Dr. Bernd Seeböcher
Vorsitzender des Senates der UMIT



Univ.-Prof. Dr. Sabine Schindler
Rektorin der UMIT

Richtlinie für außerordentliche Studien gemäß Art. I § 7 Abs. 8 Studien- und Prüfungsordnung

(verabschiedet vom Senat der UMIT per Beschlussfassung vom 11.06.2013)

Vorbemerkungen zum Sprachgebrauch: Alle Personen- und Funktionsbezeichnungen in dieser Satzung gelten für Frauen und Männer entsprechend ihrer Gleichberechtigung in gleicher Weise.

Präambel

Die an der UMIT angebotenen Studien (inkl. Universitätslehrgänge) sind seitens der AQ Austria/des Österreichischen Akkreditierungsrats entsprechend akkreditiert und unterscheiden sich – betreffend Zulassungsvoraussetzungen – nur in Einzelfällen von Studien an öffentlichen Universitäten.

Im Gegensatz zu öffentlichen Universitäten gibt es an der UMIT keine Einschreibfristen, jedoch die Möglichkeit, sich vor dem 30.06. eines jeden Jahres für ein Studium einzuschreiben und eventuell in den Genuss eines sogenannten Frühbachelorbonus zu gelangen. An der UMIT – aber auch an anderen privaten Universitäten – kommt ein Ausbildungsvertrag aufgrund einer privatrechtlichen Vereinbarung zu Stande. Der Antrag für den Frühbachelorbonus muss jedoch längstens zum 30.06. gestellt werden.

Des Weiteren werden die an der UMIT angebotenen Studien auch von Maturanten, Abiturienten, Absolventen udgl. aus den angrenzenden deutschsprachigen Nachbarstaaten besucht.

Aufgrund der Tatsache, dass ein privatrechtlicher Ausbildungsvertrag zwischen UMIT und Studienbewerber abzuschließen ist und u.a. zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses noch nicht alle Zulassungsvoraussetzungen urkundlich nachgewiesen werden können, hat sich der Senat der UMIT dazu entschlossen, in Anlehnung an das UG 2002, den Status der außerordentlichen Studien einzurichten.

§ 1

Außerordentliche Studien sind Vorbereitungslehrgänge und der Besuch einzelner Lehrveranstaltungen aus wissenschaftlichen Fächern der akkreditierten Studien. Zuständig ist die den jeweiligen Lehrgang bzw. Lehrveranstaltung verantwortende Studien- und Prüfungskommission.

§ 2

Die Studien- und Prüfungskommission hat unter anderem

- 1) zu prüfen, ob der Bewerber als außerordentlicher Studierender zugelassen werden kann oder nicht bzw. den Status als außerordentlicher Studierender unter Vorschreibung von Auflagen zu befristen;
- 2) festzustellen, dass keine (Teil-)Diplomprüfungen oder Abschlussprüfungen absolviert werden;
- 3) zu prüfen, ob ein Fall einer Exmatrikulation vorliegt.

§ 3

Die Zulassung zu außerordentlichen Studien erlischt wie jene zu den „ordentlichen“ Bachelor- und Masterstudien, unabhängig von der unter Punkt 5. angeführten Befristung, wenn der außerordentliche Studierende

- 1) den Vorbereitungslehrgang durch die positive Beurteilung der letzten vorgeschriebenen Prüfung abgeschlossen hat;
- 2) bei einer für sein Studium vorgeschriebenen Prüfung bei der letzten zulässigen Wiederholung negativ beurteilt wurde;
- 3) sich vom außerordentlichen Studium exmatrikuliert;
- 4) die Studiengebühren nicht entrichtet oder
- 5) schwerwiegende Täuschungs- und Ordnungsverstöße der jeweils geltenden Studien- und Prüfungsordnung begeht.

§ 4

Die Zulassung erlischt auch, wenn der außerordentliche Studierende die seitens der Studien- und Prüfungskommission beschlossenen Auflagen (nicht) erfüllt bzw. die Befristung für die Zulassung ausläuft.

§ 5

Bewerber für eines der akkreditierten Studien können u.a. einen Ausbildungsvertrag im Status außerordentlicher Studierender mit der UMIT GmbH abschließen,

- 1) sofern lediglich die Vorlage von fehlenden Unterlagen die Zulassung zu „ordentlichen“ Bachelor- und Masterstudien verhindert. Das Nachreichen von fehlenden Unterlagen (z.B. Matura- oder Abiturzeugnis) ist längstens mit 30.11. bzw. 31.05. (sofern Studienbeginn Sommersemester) des jeweiligen Jahres befristet. Sogar können Maturanten bzw. Abiturienten noch im September oder Oktober die allgemeine Universitätsreife absolvieren bzw. nachholen;
- 2) sofern das Nachholen einzelner Lehrveranstaltungsprüfungen vor Aufnahme eines „ordentlichen“ Bachelor- oder Masterstudiums als besondere Zulassungsvoraussetzung vorgeschrieben ist.

Beispiele

- 1) Eine Abiturientin aus Deutschland legt ihr Abiturzeugnis erst im Laufe des Oktobers nachweislich (Urkunde) vor. Das Bachelorstudium Psychologie startet jedoch schon Ende September/Anfang Oktober. Die Studentin wird mittels Ausbildungsvertrag im Status „außerordentliche“ Studierende aufgenommen und nach Vorlage der letzten Zulassungsvoraussetzung (Zeugnis über den positiven Abschluss des Abiturs) automatisch in den Status „ordentliche“ Studierende für das Bachelorstudium der Psychologie zugelassen. Bis zur Vorlage des o.a. Zeugnisses kann die Studierende bereits Lehrveranstaltungen im Bachelorstudium besuchen. Die Vorlage der fehlenden Unterlagen und sohin der Status „außerordentliche“ Studierende ist jedoch mit 30.11. eines jeden Jahres befristet. Sonst erfolgt die automatische Exmatrikulation.
- 2) Ein Bewerber für das Bachelorstudium der Pflegewissenschaft möchte in das 3. Semester einsteigen. Dafür hat er den Matura- bzw. Abiturabschluss sowie den erfolgreichen Abschluss einer Gesundheits- und Krankenpflegeschule (Diplomabschluss) vorzulegen. Als weitere Zulassungsvoraussetzung hat der Bewerber die Lehrveranstaltungsprüfungen für den Eintritt in das 3. Semester des Bachelorstudiums Pflegewissenschaft bis jeweils 30.11. des Jahres abzulegen.

Die Prüfungen dazu finden im Zeitraum zwischen Juni und Oktober statt. Damit der Bewerber bereits vor Ablegung vorgenannter Lehrveranstaltungsprüfungen zum Studium angenommen werden kann, wird er zwischenzeitlich als außerordentlicher Studierender aufgenommen. Sonst erfolgt bei nicht fristgerechter Ablegung der geforderten Lehrveranstaltungsprüfungen die automatische Exmatrikulation.